

18. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der FDP

Bedrohungen und Einschüchterungen gegen Polizeidienstkräfte und deren Familien erfassen und Gegenmaßnahmen einleiten

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Für die Polizei Berlin wird ein Meldesystem eingeführt, aus dem für den Dienstherrn hervorgeht, welche Polizistinnen und Polizisten wann, wie oft, von wem und in welcher Form persönlich bedroht wurden. Erfasst werden auch solche Fälle, die sich gegen Familienmitglieder der Polizistinnen und Polizisten richteten. Zugleich werden Maßnahmen ergriffen, die solchen Bedrohungen Einhalt gebieten und Polizistinnen und Polizisten darin schulen, mit diesen Vorfällen bestmöglich umzugehen und sich selbst und ihr direktes Umfeld nachhaltig zu schützen.

Begründung

In ganz Deutschland häufen sich Fälle, in denen Mitglieder der Organisierten Kriminalität und/oder krimineller Familienclans zur Abwehr laufender oder künftiger polizeilicher Maßnahmen zum Mittel der persönlichen Bedrohung greifen. Polizistinnen und Polizisten wird gesagt oder angedeutet, dass man deren Wohnort, Partner oder Kinder kenne. Aktiv wird die Angst der Polizistinnen und Polizisten geschürt, dass die Ausübung der beruflichen Pflicht direkte Auswirkungen auf den privaten Raum und/oder die körperliche Unversehrtheit von geliebten Menschen habe, für die man besondere Verantwortung trägt. Diese Bedrohungen und Einschüchterungsversuche reichen vom Zeitraum der beruflichen Einsätze bis hin in private Bereiche vor der eigenen Wohnung oder gar beim Abholen der eigenen Kinder vor der Schule. Übergriffe erfolgen zum Beispiel über die schlichte Frage, ob das Kind im Auto das eigene sei, über die klar ausgesprochene Drohung bis hin zum Stalking oder durch körperliche Angriffe vor der eigenen Haustür. Daraus resultiert das von den Kriminellen erklärte Ziel, dass die Menschen, die uns Berlinerinnen und Berliner schützen, Angst um ihre persönliche Sicherheit und um ihre eigenen Kinder und Familienangehörigen haben müssen.

Um das gesamte Ausmaß überhaupt erfassen und statistisch auswerten zu können, bedarf es dringend eines geeigneten Meldesystems. Dieses muss jederzeit eine Bestandsaufnahme durch den Dienstherrn, das Land Berlin, ermöglichen,

- welche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Vergangenheit und aktuell Bedrohungen ausgesetzt sind,
- welche Personen Drohungen offensiv sowie subtil ausgesprochen haben,
- welcher Art die jeweiligen Bedrohungen sind,
- in welchen Situationen diese Drohungen stattgefunden haben und stattfinden.

Den bedrohten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern muss jederzeit professionelle Hilfe zur Verfügung stehen. Mit dieser müssen zum einen die Gefahren ausgelotet und abgeschaltet werden. Zum anderen müssen die betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch psychologisch stabilisiert und begleitet werden, damit sie ihren Dienst auch unter besonderen Umständen pflichtgemäß ausführen können und die von den Kriminellen beabsichtigten Einschüchterungserfolge ausbleiben.

Präventiv müssen Schulungen erfolgen, die den Betroffenen alle Möglichkeiten aufzeigen, sich rechtlich und strategisch zur Wehr zu setzen. Die Betroffenen müssen wissen, dass sie Hilfe finden, wo sie diese finden und wie sie selbst vorbeugen können z.B. durch das Trainieren von Ansprechsituationen, des Verhaltens bei Stalking oder die Organisation des Privatlebens zur bestmöglichen Abschirmung der eigenen Kinder und der Familie gegenüber der beruflichen Situation.

Das Land Berlin muss an dieser Stelle seine Verantwortung als Dienstherr wahrnehmen und seine Bediensteten vor den Menschen schützen, vor denen die Polizistinnen und Polizisten uns alle schützen. Vor dem Hintergrund der sich immer weiter ausbreitenden kriminellen Strukturen in Berlin sind diese Maßnahmen nicht nur im Sinne der betroffenen Polizistinnen und Polizisten, sondern im Sinne uns aller Berlinerinnen und Berliner.

Berlin, 13.04.2021

Czaja, Fresdorf, Krestel
und die weiteren Mitglieder
der Fraktion der FDP im Abgeordnetenhaus von Berlin